

AKTUELLE AMNESTY-FORDERUNGEN ZUR UKRAINE-KRISE

Stand: 05.04.2022

ZUR RUSSISCHEN INVASION DER UKRAINE

- Amnesty verurteilt die völkerrechtswidrige russische Invasion der Ukraine und fordert ein Ende dieses Angriffs. Alle am Völkerrechtsverbrechen der Aggression Beteiligten müssen zur Rechenschaft gezogen werden.
- Alle Konfliktparteien müssen sich strikt an das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen halten. Menschenleben, Häuser und Infrastruktur der Zivilbevölkerung müssen geschützt werden. Die wahllosen Angriffe auf zivile Infrastruktur und Gebiete und der Einsatz von verbotenen Waffen wie Streumunition müssen aufhören. Humanitären Organisationen muss der ungehinderte Zugang ermöglicht werden, damit sie der betroffenen Zivilbevölkerung Hilfe leisten können.
- Die Verantwortlichen für Kriegsverbrechen in der Ukraine müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Die internationale Gemeinschaft ist gefordert, die Ermittlungen des Internationalen Strafgerichtshofs und der vom UN-Menschenrechtsrat eingerichteten Untersuchungskommission vollumfänglich zu unterstützen. Auch Initiativen auf nationaler Ebene gemäß dem Grundsatz der universellen Gerichtsbarkeit (wie durch die laufenden Ermittlungen des Generalbundesanwalts) sind nötig, um eine umfassende Rechenschaftspflicht zu erreichen.
- Für belagerte Städte wie Isjum oder Mariupol braucht es effektive humanitäre Korridore, damit Menschen sicher evakuiert werden und Zurückgebliebene mit Hilfsgütern versorgt werden können.
- Die Europäische Union und auch die Bundesregierung sollten weiterhin humanitäre Hilfsmaßnahmen in der Ukraine unterstützen.
- Die Internationale Gemeinschaft und auch die Bundesregierung sollten die ukrainische Zivilgesellschaft unterstützen, z.B. durch finanzielle Hilfe, Hilfe bei der Verlegung von Büros sowie durch Schutzausrüstung oder satellitengestützte Internetversorgung.

ZUR MENSCHENRECHTSLAGE IN RUSSLAND

- Die russische Führung muss die Menschenrechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit achten
 - Ende der Unterdrückung kritischer Stimmen, die sich gegen den Krieg positionieren
 - Ende der Zensur der freien Presse
 - Keine Inhaftierungen von friedlich Demonstrierenden
- Die internationale Gemeinschaft und auch die Bundesregierung sind gefordert, sich mit der unabhängigen Zivilgesellschaft in Russland zu solidarisieren und diese zu unterstützen, z.B. durch finanzielle Hilfe sowie durch flexible Visa- und Aufenthaltsregelungen und logistische Unterstützung für Personen, die das Land verlassen müssen.
- Die internationale Gemeinschaft und auch die Bundesregierung sollten sich dafür einsetzen, dass die Situation in Russland auf die Tagesordnung des UN- Menschenrechtsrats gesetzt wird und ein_e Sonderberichterstatter_in für Russland einberufen wird.

FORDERUNGEN AN DIE EUROPÄISCHEN BEHÖRDEN ZUM UMGANG MIT GEFLÜCHTETEN

- Alle Menschen, die aus der Ukraine fliehen, müssen Zugang zu europäischen Ländern erhalten und angemessen aufgenommen werden. Falls erforderlich muss ein sicherer und kostenloser Transport zu den Bestimmungsorten organisiert werden.

- Alle Visums- und sonstigen Einreisebestimmungen für Menschen, die aus der Ukraine fliehen müssen ausgesetzt werden bzw. bleiben – ohne Diskriminierung aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit oder ihres Migrationsstatus in der Ukraine.
- Familien dürfen nicht an der Grenze oder während der Weiterreise getrennt werden und müssen schnell mit Familienmitgliedern in europäischen Ländern zusammengeführt werden.
- Das Gebot der Nicht-Zurückweisung muss eingehalten werden. An der EU-Außengrenze darf es keine menschenrechtswidrigen Pushbacks geben.
- Die Anwendung der Richtlinie über den vorübergehenden Schutz für alle Menschen, die aus der Ukraine fliehen oder in der Region tatsächlich gefährdet sind, muss so umfassend wie möglich sein und Nicht-Ukrainerinnen, die vor dem Krieg geflohen sind, einbeziehen.
- Eine gerechte und solidarische Aufteilung der Verantwortung zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union ist erstrebenswert. Sofern die Verteilung von Geflüchteten innerhalb der EU umgesetzt wird, müssen die Interessen (Sprachkenntnisse, Familienverhältnisse etc.) der Menschen dabei zugrunde gelegt werden.
- Amnesty International appelliert ferner zur Aufnahme und dem Schutz Geflüchteter anderer Regionen. Der Zugang zum Asylverfahren muss für alle stets gewährt werden.
- Die Bundesregierung muss
 - weiterhin solidarisch mit den Geflüchteten aus der Ukraine umgehen.
 - durch die Aufnahme von Geflüchteten durch eine koordinierte Organisation und transparente Kommunikation, zum Erhalt der aktuellen Hilfsbereitschaft beitragen.

